

# Jusos attackieren „Erpressungspolitik“

## Bildungsfinanzierung soll nicht Spielball zwischen Bund und Ländern sein

Von unserem Redaktionsmitglied Jutta Roitsch

BONN, 11. März. Die Jungsozialisten in der SPD haben sich auf ihrem Bundeskongress in Bonn-Bad Godesberg scharf gegen Versuche gewandt, „die Bildungsfinanzierung zum Spielball von Auseinandersetzungen über die Steuer- verteilung zwischen Bund und Ländern zu machen“. In der ersten Gesprächs- runde zwischen der Bundesregierung und den Ministerpräsidenten der Län- der Ende Februar hatten, wie in Bonn zuverlässig zu erfahren war, die CDU- Ministerpräsidenten Stoltenberg und Filbinger ihre Zustimmung zum Bil- dungsgesamtplan und zum Bildungs- budget von einer erheblichen Steuerum- verteilung abhängig gemacht.

In dem am Sonntag mit großer Mehr- heit gebilligten Antrag lehnten die Jungsozialisten diese „Erpressungspoli- tik“ ab. Erneute Globalzuweisungen von Steueranteilen an die Länder, so wurde sowohl im Arbeitskreis Bildung als auch im Plenum argumentiert, stellten ange- sichts der „allgemeinen Rückzugspolitik in der Bildungsfinanzierung“ keines- wegs sicher, daß damit die notwendigen Bildungsausgaben finanziert würden. Die Jungsozialisten, die sich erstmals auf einem Bundeskongress intensiver mit einer „Strategie im Bildungssektor“ befaßten, forderten demgegenüber die Änderung des Artikels 91 Grundgesetz mit dem Ziel, den Bund stärker an der Finanzierung des Hochschulbaus (bisher „bis zu“ 50 Prozent) und den Folgekosten (Personal) sowie an den Modellver- suchen im Ausbildungsbereich zu betei- ligen.

In einem Gespräch mit der FR ließ Bundesbildungsminister Klaus von Dohnanyi dazu durchblicken, daß man sich auf Bundesebene bewußt sei, daß die Länder an den Folgekosten im Hochschulbereich „kaputtgingen“, den- noch habe eine Grundgesetzänderung derzeit wenig Chancen, da dies „an die

### Hamm-Brücher warnt Judos

FÜRSTENFELDBRUCK, 11. März (dpa/lb). Die stellvertretende FDP-Bun- desvorsitzende und Sprecherin der FDP- Fraktion im bayerischen Landtag, Hil- degard Hamm-Brücher, hat die Jung- demokraten auf dem oberbayerischen Parteitag der Freien Demokraten am Sonntag in Fürstfeldbruck aufgefor- dert, nicht zu „nützlichen Idioten“ der extremen Linken in der Bundesrepu- blik zu werden. Die liberale Jugendor- ganisation dürfe nicht zu einem Ab- klatsch der SPD werden. Jede Form einseitiger Ideologisierung führe zu Un- freiheit. Der Münchner FDP-Stadtrat und ehemalige Jungdemokraten-Vor- sitzende Manfred Brunner erklärte, die Bundesbeschlüsse der Jungdemokraten zeigten „illiberale Tendenzen“.

### Entlassung Stempels gefordert

Der stell-

geheiligten Festen des Föderalismus“ rühre.

An der Politik des Bundesbildungsmin- isters, der im Arbeitskreis durch den Parlamentarischen Staatssekretär Fred Zander vertreten war, übten die Jusos im Zusammenhang mit der seit zwei Jahren unveränderten Ausbildungsför- derung und der Frage der Wiederfinan- zierung des Verbandes Deutscher Stu- dentenschaften (VDS) heftige Kritik. Zanders Hinweis, im Herbst würden die Förderungssätze und -bedingungen überprüft und Vorgespräche seien bereits im Gange, lehnten die Jusos mehr- heitlich mit der Forderung ab, „unver- züglich“ Höchstsätze und Freibeträge zu überprüfen. Wie der VDS setzten sich die Jusos für eine Erhöhung von 420 Mark auf 500 Mark ein, sowie die Aus- dehnung der Ausbildungsförderung auf Schüler ab der Sekundarstufe I und Kinder ausländischer Arbeitnehmer. Diese Forderungen werden auch von Dohnanyi befürwortet.

Als überfällig bezeichneten die Jusos

die Entscheidung, den VDS wieder durch Bundesjugendplangelder zu för- dern. Der VDS wurde als „der demo- kratische Dachverband der Studenten in der BRD“ bezeichnet. Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion wurden aufge- fordert, darauf hinzuwirken, daß die Förderung durch die Bundesregierung wiederaufgenommen werde. Wegen der politisch einseitigen Ausrichtung des VDS (SHB/Spartakus) und der „unkla- ren Stellung des Verbandes zur frei- heitlich-demokratischen Grundor- nung“ hatte die Bundesregierung bisher die Wiederfinanzierung abgelehnt.

Offen blieb nach diesem Bundeskon- gress die Frage künftiger Juso-Arbeit im Hochschulbereich. Tendenzen, eine Art „Unvereinbarkeitsbeschluß“ zwischen dem Spartakus-nahen SHB und den Jusos herbeizuführen, stießen auf Ab- lehnung. Die Mehrheit der Delegierten neigte eher der Auffassung zu, die poli- tische Entwicklung des SHB abzuwar- ten und die Gründung eigener Juso- Hochschulgruppen nicht zu verhindern.

# „Acht Prozent für die Bildung“

## DGB will Korrektur der Empfehlung des Finanzplanungsrates

Von unserem Korrespondenten Hartwig Suhrbier

SOLINGEN, 11. März. Größere An- strengungen zur Reform des Bildungswesens haben die stellvertretende DGB-Bundesvorsitzende Maria Weber und der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Erich Frister, am Wochenende auf einer Bundes- arbeitstagung von dreihundert Delegier- ten der Gewerkschaftsjugend verlangt.

Namens des DGB forderte Maria Weber vor den Delegierten nachdrück- lich, daß Bund und Länder die „unbe- greifliche“ Empfehlung des Finanzpla- nungsrates korrigierten, wonach weni- ger als sechs Prozent des Bruttosozial- produktes für die Bildung ausgegeben werden sollten, während anerkannter- maßen acht Prozent unabdingbar seien. Frister erneuerte die Forderung nach einer Zusammenfassung von beruflicher und allgemeiner Bildung und verlangte

eine entsprechende Novellierung des Berufsbildungsgesetzes.

Skandalös und unverantwortlich nannte Maria Weber die Situation in der beruflichen Bildung und die Ver- hältnisse an den Berufsschulen. Sie zitierte aus einer Untersuchung des Bundeswirtschaftsministeriums, derzu- folge es bei 62 Prozent der Auszubilden- den in den Betrieben keine sachliche und zeitliche Gliederung der Ausbil- dung gäbe; bei 63 Prozent eine regelmä- ßige Beschäftigung mit ausbildungs- fremden Arbeiten, bei mehr als fünfzig Prozent keine betriebliche Zwischen- prüfung und bei vierzig Prozent Arbeitsüberschreitungen vorkommen. „Und das drei Jahre nach Inkrafttreten des Betriebsbildungsgesetzes und zwölf Jahre nach dem Jugendarbeitsschutzge- setz.“

# Junge Arbeitnehmer in der CDU machen Katzer Vorwürfe

## „Gewicht der Sozialausschüsse immer geringer geworden“ / Grundsatzpapier zur Gesellschaftspolitik verabschiedet

Von unserem Korrespondenten Volkmar Hoffmann

BONN, 11. März. Harte Auseinander- setzungen innerhalb der Unions-Par- teien mit den CDU-Sozialausschüssen hat am Wochenende der CDU-Bundes- tagsabgeordnete und DGB-Funktionär Adolf Müller (Remscheid) angekündigt. Die Union werde das bei der Bundes- tagwahl verlorene Terr

Von einigen Delegierten der jungen CDU-Arbeitnehmer wurde heftige Kri- tik an der Führung der Sozialausschüsse — insbesondere an Hans Katzer — geübt. Innerhalb der CDU sei das Ge- wicht der Sozialausschüsse immer ge- ringer geworden, die junge Arbeitneh- merschaft werde dort kaum noch ernst



DIE ABSAGE des geplanten Besuchs von Bundesaußenminister Walter Scheel in Griechenland sowie die Einstellung sämtlicher militärischer, politischer, wirtschaftlicher und moralischer Unterstützung der Athener Militärjunta durch die Bundesregierung forderten am Samstag rund 2000 Demonstranten, darunter viele Griechen, auf einer Demonstration in Bonn. Der jetzt in Heidelberg tätige griechische Professor Georgios Mangakis, bezeichnete auf der Schlußkundgebung Scheels geplanten Be- such als einen „schweren Schlag für das griechische Volk“. „Gerade in diesem kri- tischen Augenblick, in dem sich die grie- chische Opposition zum offenen Wider- stand formiert, muß Scheel seine Reise absagen“, erklärte der früher selbst inha- lierte Mangakis. Auf der Kundgebung sprach auch der SPD-Bundestagsabgeord- nete Dieter Schinzel. (rib/Bild: dpa/UPI)

### RCDS-Vorsitzender bestätigt

eh HEIDELBERG, 11. März. Ohne auch nur einen der über 60 vorbereite- ten Anträge zu behandeln, beendete der Ring Christlich-Demokratischer Studen- ten (RCDS) am Samstag seine dreitä- gige 23. Bundesdelegiertenversammlung. Die einzige bleibende politische Willens- äusserung des der CDU nahestehenden Studentenverbandes ist ein Beschluß zur künftigen Organisation der verfaß- ten Studentenschaften. Nach den Vor- stellungen des RCDS soll die Zwangs- körperschaft der Studentenschaften wei- ter bestehen. Der Bundesvorsitzende des RCDS, Gerd Langguth, wurde mit gro- ßer Mehrheit wiedergewählt.

und „überkommene Reste feudaler Strukturen in der Wirtschaft“ abbauen.

Das Programm mißt dem Wettbewerb in der Sozialen Marktwirtschaft ent- scheidende Lenkungsfunktionen zu. Die Forderung nach gleichgewichtiger Teil- nahme von Kapital und Arbeit in den Füh

# Piloten bestätigen Schläge

## Polizeibeamte untermauern Vorwürfe gegen Bundesgrenzschutz

DARMSTADT, 11. März (ddp). Drei Polizeibeamte aus Nordrhein-Westfalen und Hessen bestätigten am Wochenende in öffentlichen Stellungnahmen die Vor- würfe des Vorsitzenden der Gewerk- schaft der Polizei, Werner Kuhlmann, wonach Hubschrauberpiloten bei ihrer Ausbildung durch den Bundesgrenz- schutz (BGS) geschlagen wurden.

Gegenüber ddp erklärte der 40jährige Polizeipilot Hans-Joachim Wohlfeil, der der Flugbereitschaft in Egelsbach bei Darmstadt angehört, er sei im BGS- Ausbildungszentrum Hangelar bei Bonn 1964 von einem Ausbilder namens Knorr geschlagen und beleidigt worden. Während eines der Prüfungsflüge habe Knorr ihn so schwer gegen den Kopf geschlagen, daß der Kopfhörer seines Funkgerätes weggefliegen sei.

Wohlfeil betonte, die Vorwürfe richteten sich ausschließlich gegen Knorr. Die anderen Flugausbilder hätten sich „kor- rekt“ verhalten. Knorr habe auch ein- mal erklärt: „Ihr dummmstupiden Polizi- sten! Anderen Leuten fünf Mark abneh- men, das könnt ihr, aber fliegen werdet ihr nie lernen.“

In der Sendung „Länderspiegel“ des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) hatten zuvor die beiden nordrhein- westfälischen Polizeibeamten Jürgen Mönch und Günter Borgmüller von ähnlichen Mißständen bei der BGS-

### Zur Person:

ERHARD EPPLER, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, empfing in Bonn den Präsidenten der interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB), Ortiz Mena, zu einem Gedanken- austausch. Wie das Auswärtige Amt be- kanntgab, führte der IDB-Präsident auch ein Gespräch mit dem Parlama- ntarischen Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Karl Mörsch.

ERNEST MANDEL, marxistischer Wirt- schaftswissenschaftler aus Belgien, erhält nach wie vor keine Einreisegenehmigung in die Bundesrepublik. Das Bundes- innenministerium lehnte auch ein ent- sprechendes Gesuch der „Jungen Euro- päischen Föderalisten“ ab, die Mandel für einen Vortrag in der kommenden Woche nach Berlin eingeladen hatten.

Ausbildung berichtet. Polizeiobermei- ster Mönch, der seinen Worten zufolge 1970/71 die Flugschule in Hangelar be- suchte, berichtete, Knorr habe bei der Begrüßung der Kursus-Teilnehmer er- klärt: „Ich werde Henker von Hangelar genannt, und meine Ausbildungsmetho- den sind hart. Es mag sein, daß es an- dere bessere Ausbildungsmethoden gibt, aber das wären Experimente für mich, und Experimente kann ich mir in der Fliegerei nicht leisten.“

Mönch erklärte, wiederholt seien Aus- bildungsteilnehmer bei Übungsflügen bis zu 80 Kilometer weit von ihren Standorten auf freiem Feld abgesetzt worden. Auch er selbst habe einmal zu Fuß zum Hubschrauberflugplatz zu- rückkehren müssen.

Beide Beamte bestätigten auch Schläge durch den Ausbilder. Rippen- stöße und Hiebe auf den linken Ober- arm seien während der Trainingsflüge an der Tagesordnung gewesen.

### Ehmke für Nachverhandlungen

STUTTGART, 11. März (dpa). Nach- verhandlungen über die Anfang 1973 abgeschlossenen Tarifverträge in der Metallindustrie der Bundesrepublik müssen nach Ansicht des Ministers für Forschung und Technologie, Horst Ehmke, möglich sein, wenn sonst die ge- samtwirtschaftliche Entwicklung zu sozialen Konflikten in den Betrieben führen würde. Vor der Vertreterver- sammlung der IG Metall Stuttgart sagte Ehmke am Wochenende, die Unterneh- mer, die für die Preissteigerungen mit- verantwortlich seien, sollten nicht „wider besseres Wissen“ an langfristi- gen Verträgen festhalten. Die zuneh- menden Preissteigerungen wertete der Minister als Beweis dafür, daß die Un- ternehmer den „stabilitätskonformen“ 8,5-Prozent-Abschluß in der metallver- arbeitenden Industrie nicht im nötigen Maß honorierten.

Eine Zwischentarifrunde dieser Art wird von seiten der Arbeitgeber als „äußerst kritisch“ angesehen.